



Sitzungsniederschrift

Gremium : **Rat**
Sitzungsort : **59302 Oelde, Großer Ratssaal**
Sitzungstag : **Montag, 10.06.2013**
Sitzungsbeginn : **17:50 Uhr**
Sitzungsende : **19:40 Uhr**

Vorsitz

Herr Bürgermeister Karl-Friedrich Knop

Teilnehmer

Herr Hubert Bleß
Herr Wolfgang Bovekamp
Frau Marita Brommann
Herr André Drinkuth
Herr Ernst-Rainer Fust
Frau Andrea Geiger
Herr Eugen Gette
Herr Johannes-Heinrich Gresshoff
Herr Daniel Hagemeier
Herr Peter Hellweg
Herr Franz-Josef Helmers
Frau Hildegard Hödl
Herr Heinz Junkerkalefeld
Herr Winfried Kaup
Herr Hubert Kobrink
Frau Beatrix Koch
Frau Barbara Köß
Frau Hiltrud Krause
Herr Peter Kwiotek
Frau Elisabeth Lesting
Herr Hubert Meyering

ab 18.30 Uhr

Herr Ralf Niebusch
Frau Dr. Claudia Preckel
Herr Juan-Francisco Rodriguez Ramos
Herr Wolfgang Sibbing
Herr Wolf-Rüdiger Soldat
Frau Manuela Steuer
Herr Paul Tegelkämper
Herr Michael Vennebusch
Herr Hans-Gerhard Voelker
Herr Florian Westerwalbesloh
Frau Lena Wickenkamp
Frau Anne Wiemeyer
Herr Martin Wilke

Verwaltung

Herr Klaus Aschhoff
Frau Kirsten Beermann
Herr Marc Diericks
Frau Elke Hamacher-Jestadt
Herr Willi Höpker
Herr Michael Jathe
Herr Ludger Junkerkalefeld
Herr Jakob Schmid
Frau Andrea Westenhorst
Herr Thomas Wulf

Schriftführerin

Frau Heike Beckstedde

es fehlten entschuldigt:

Inhaltsverzeichnis

Öffentliche Sitzung	Seite:
1. Einwohnerfragestunde	4
2. Befangenheitserklärungen	4
3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 22. April 2013	4
4. Antrag der FWG-Fraktion; Modifizierung eines Ratsbeschlusses vom 3. Dezember 2012 Vorlage: B 2013/011/2755	5
5. Antrag der Fraktionen von SPD und FWG sowie der "Offensive Zukunft Oelde"; Durchführung einer Einwohnerbefragung Vorlage: B 2013/011/2763	6
6. Tarifstruktur Vier-Jahreszeiten-Park 2014 Vorlage: B 2013/EBF/2748/1	8
7. Kooperationsüberlegungen der Energieversorgung Beckum GmbH & Co. KG und der Energieversorgung Oelde GmbH (hier: Ende der Fusionsverhandlungen) Vorlage: B 2012/201/2553/1	9
8. Antrag der SPD-Fraktion; Aussetzen des Ankaufs weiterer Anteile an der EVO von RWE durch die WBO Vorlage: B 2013/011/2766	12
9. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Absatz 1 GO NRW - Überplanmäßige Auszahlung und Freigabe einer Maßnahme zur Sanierung naturwissenschaftlicher Räume am Thomas-Morus-Gymnasium Vorlage: B 2013/011/2764	13
10. Abberufung einer Technischen Rechnungsprüferin Vorlage: B 2013/011/2658	16
11. Bestellung eines Technischen Rechnungsprüfers Vorlage: B 2013/011/2757	16
12. Verschiedenes	16
12.1. Mitteilungen der Verwaltung	16
12.2. Anfragen an die Verwaltung	17

Öffentliche Sitzung

Herr Bürgermeister Knop begrüßt die Mitglieder des Rates, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sowie die zahlreich erschienenen Bürgerinnen und Bürger zur heutigen Sitzung des Rates.

Er stellt fest, dass form- und fristgerecht zur Sitzung geladen wurde und dass der Rat der Stadt Oelde beschlussfähig ist.

Herr Bürgermeister Knop teilt mit, dass Frau Krause erst zu einem späteren Zeitpunkt eintreffen werde, der Rat der Stadt Oelde darüber hinaus vollzählig sei.

1. Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen werden nicht gestellt.

2. Befangenheitserklärungen

Befangenheitserklärungen werden nicht abgegeben.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Oelde nimmt Kenntnis.

3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 22. April 2013

Herr Bürgermeister Knop teilt mit, dass das Protokoll der letzten Sitzung nachträglich in nachfolgenden Punkten geändert wurde:

Eine Wortmeldung des Herrn Rodriguez wurde auf Seite 69 hinzugefügt. Zudem wurden die Befangenheitserklärungen ergänzt um die Befangenheitserklärung von Herrn Wilke zum Tagesordnungspunkt 7 „Aufstellung von Vorschlagslisten für die Wahl von Schöffen“.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Oelde genehmigt einstimmig die Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 22. April 2013 mit den erläuterten nachträglichen Änderungen.

4. Antrag der FWG-Fraktion; Modifizierung eines Ratsbeschlusses vom 3. Dezember 2012 Vorlage: B 2013/011/2755

Herr Niebusch erläutert als Vertreter der antragstellenden Fraktion wie folgt:

Der Rat der Stadt Oelde hat in seiner Sitzung am 3. Dezember 2012 beschlossen, eine Baukommission zur Begleitung der Errichtung der neuen Feuer- und Rettungswache einzusetzen. Der Beschluss sieht vor, dass die Kommission die Raum- und Kostenplanung begleitet und dem Rat der Stadt Oelde im Sommer 2013 eine detaillierte Kostenplanung vorlegt.

Die FWG-Fraktion beantragt nunmehr, den Beschluss hinsichtlich dieser Zeitplanung zu modifizieren, weil der Brandschutzbedarfsplan, der als Planungsgrundlage insbesondere für das Raumkonzept diene, noch nicht verabschiedet worden sei.

Ein Termin zur Fertigstellung einer detaillierten Kostenschätzung solle der Baukommission Feuer- und Rettungswache insofern nicht länger vorgegeben sein.

Wortlaut des Antrags der FWG-Fraktion vom 13. Mai 2013:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

bitte nehmen Sie folgenden Antrag der FWG-Fraktion auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung.

Antrag:

Der Rat möge den in der Ratssitzung am 20. November 2012 mehrheitlich verabschiedeten Beschluss zur Gründung der Baukommission hinsichtlich der Zeitplanung modifizieren.

Der damalige Antrag lautete:

*Angesichts der Größenordnung des Projektes und auch der daraus resultierenden Folgekosten beantragt die FWG-Fraktion die Einsetzung einer Baukommission des Rates, die das Projekt von Anfang an hinsichtlich der Raum- und Kostenplanung begleiten soll, um **im Sommer 2013** dem Rat eine detaillierte Kostenplanung zur Entscheidung vorlegen zu können.*

Begründung:

Der von der Stadt Oelde zu erstellende Brandschutzbedarfsplan wurde in der bislang vorgestellten Fassung nicht vom Rat verabschiedet und wird z.Zt. überarbeitet. Dieser Brandschutzbedarfsplan dient der Grundlagenermittlung insbesondere bei der Erstellung des Raumprogrammes für die neue Feuer- und Rettungswache. Der im o.g. Antrag benannte Zeitraum - Sommer 2013 - ist somit nicht mehr realisierbar. Da sich aufgrund der Komplexität der Materie und des damit verbundenen Umfangs der Arbeiten der zeitliche Rahmen für die noch zu bewältigenden Aufgabenstellungen nicht abschließend beurteilen lässt, empfehlen wir dem Rat, das Mandat der Arbeitsgruppe dahingehend abzuändern, dass eine zeitliche Festlegung zur Vorlage des Abschlussberichtes nicht länger getroffen wird.

Mit freundlichen Grüßen

Ralf Niebusch

-Vorsitzender FWG-Fraktion-,

Herr Heinz Junkerkalefeld unterstützt den Antrag der FWG-Fraktion, sieht die zeitliche Verzögerung jedoch nicht in dem noch nicht verabschiedeten Brandschutzbedarfsplan begründet. Schließlich habe er in seiner Stellungnahme, die er in der letzten Sitzung stellvertretend für alle Fraktionen abgegeben habe, darauf hingewiesen, dass der Neubau der Feuer- und Rettungswache von dem Brandschutzbedarfsplan unabhängig als eigenständiges Projekt umgesetzt werden solle.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Oelde beschließt bei einer Enthaltung einstimmig, die zeitliche Fristsetzung „im Sommer 2013“ als Vorgabe an die Baukommission zur Erstellung einer Raum- und Kostenplanung für die neue Feuer- und Rettungswache zu streichen.

Eine neue Fristsetzung erfolgt nicht.

**5. Antrag der Fraktionen von SPD und FWG sowie der "Offensive Zukunft Oelde";
Durchführung einer Einwohnerbefragung
Vorlage: B 2013/011/2763**

Herr Rodriguez erläutert für die Fraktionen der SPD, FWG sowie Herrn Wilke als Ratsmitglied der OZO den als Anlage beigefügten Antrag.

Danach beantragen die Fraktionen von SPD und FWG sowie Herr Wilke als Ratsmitglied der OZO, der Rat möge beschließen, eine Einwohnerbefragung zur zukünftigen Eintrittsregelung im Vier-Jahreszeiten-Park durchzuführen. Zur Abstimmung gestellt werden sollen drei Varianten, wobei das Quorum mit einem Drittel bewusst sehr hoch angesetzt worden sei.

Herr Bürgermeister Knop gibt im Anschluss nachfolgende Stellungnahme ab:

„Wie Sie wissen, habe ich mich für die Durchführung einer Einwohnerbefragung ausgesprochen. Die repräsentative Demokratie wird durch eine Einwohnerbefragung in meinen Augen nicht in Frage gestellt. In den vergangenen Jahren sind die rechtlichen Instrumente der Bürgerbeteiligung im politischen Entscheidungsprozess durch den Gesetzgeber deutlich gestärkt worden, ohne, dass die Gemeinderäte das ihnen übertragene Mandat leichtfertig an die Bürger zurückgeben hätten. Im vorliegenden Fall hat der Rat der Stadt Oelde ohnehin in letzter Konsequenz die Entscheidung über die weitere Bewirtschaftungsform des Vier-Jahreszeiten-Parks zu treffen. Zugleich müssen wir einkalkulieren, dass sich der finanzielle Spielraum unserer Stadt weiter einschränken kann. Unsere gemeinsame Aufgabe wird sein, in der Frage der weiteren Bewirtschaftung des Parks eine zukunftsfähige und wirtschaftlich verantwortungsvolle sowie bürgerschaftlich in weiten Teilen akzeptierte Entscheidung zu treffen. Auch wenn ich mich für die Durchführung einer Bürgerbefragung ausspreche, möchte ich Ihnen gleichwohl meine persönliche Überzeugung in der Frage der Bewirtschaftung des Parks darlegen: Für mich steht eine weitere Bewirtschaftung des Parks außer Frage. In den vergangenen Wochen habe ich mich persönlich intensiv mit den verschiedenen Tarifstrukturmodellen auseinandergesetzt und die verschiedenen Varianten geprüft. Grundvoraussetzung für mich war, dass Mindereinnahmen in der jetzigen Haushaltssituation in jedem Fall zu vermeiden sind. Am Ende meiner Erwägungen bin ich zu dem Ergebnis gekommen, dass die derzeitige Tarifstruktur – ergänzt um Weiterentwicklungsmaßnahmen – das einzige Modell ist, das zu verlässlichen Einnahmen von Forum Oelde führt. Ich weiß, dass man damit nicht allen Bürgern gerecht werden kann. Eine kostenintensive Anpassung der Technik zur Eintrittsregelung wäre in diesem Fall ebenso entbehrlich wie Marketingmaßnahmen zur Bewerbung eines neuen Tarifsystems. Auf der Basis einer konstanten Einnahmesituation können wir die derzeitige Qualität und das Pflegeniveau des Parks sichern. Zudem sind die gegenwärtigen Tarife nicht nur marktgerecht im Vergleich zu anderen Einrichtungen, sondern überaus familienfreundlich und sozial. Neben der Durchführung einer Einwohnerbefragung, die ich als geeignetes Mittel erachte, ein bürgerschaftliches Votum in der Frage der weiteren Bewirtschaftung des Vier-Jahreszeiten-Parks zu erhalten, spreche ich mich daher inhaltlich für die Beibehaltung der derzeitigen Tarifstruktur mit einer Weiterentwicklung aus den eben genannten Gründen aus.“

Herr Hagemeyer teilt für seine Fraktion mit, dass die bisherige Tarifstruktur favorisiert werde. Eine Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger sieht er in der Beratung im Betriebsausschuss Forum für verwirklicht. In diesem Gremium seien zahlreiche Einwohnervertreter, die nicht dem Rat angehörten. Der Ausschuss habe das bisherige Tarifsysteem mit deutlicher Mehrheit von zwölf Ja- und sechs Nein-Stimmen für das kommende Jahr empfohlen.

Zudem wundere er sich über die Abstimmungsvariante 1, die seitens der Antragsteller vorgeschlagen werde. Es sei aus haushaltsverantwortlicher Sicht unverständlich, eine komplett eintrittsfreie Variante überhaupt als Option anzubieten. Dahingegen habe sich das derzeitige Tarifsysteem als

familienfreundlich und sozial ausgewogen bewährt, die Aufgabe zur Weiterentwicklung der Tarife sehe er in der Verantwortung des Betriebsausschusses Forum.

Der vorliegende Antrag finde daher nicht die Unterstützung seiner Fraktion.

Herr Niebusch erläutert für seine Fraktion, dass die Einwohnerbefragung keinen Ersatz für einen Bürgerentscheid, sondern ein Instrumentarium zur Bürgerbeteiligung darstellen solle. Diese sei beim Masterplan, dem Klimaschutzkonzept oder den Bürgervorschlägen zum Haushaltsjahr 2010 auch gewünscht gewesen.

Angesichts der Tatsache, dass das Thema der Parkbewirtschaftung seit nunmehr zwölf Jahren in der Bürgerschaft diskutiert werde, halte er die Einbeziehung der Einwohner in dieser Grundsatzfrage für angemessen.

Darüber hinaus warnt er, den Sachverhalt im bevorstehenden Wahlkampf zu instrumentalisieren. Auch sollte von weiteren Unterschriftenaktionen unterschiedlicher Akteure abgesehen werden.

Herr Niebusch verweist darauf, dass die verschiedenen Abstimmungsvarianten in der beantragten Einwohnerbefragung mit entsprechenden Einsparungsoptionen versehen seien. Zudem sei das Quorum mit 1/3 der Abstimmungsberechtigten sehr hoch gewählt, die Kosten des Verfahrens könnten optimiert werden, indem im Rathaus für die Dauer von zwei Wochen die Stimmabgabe ermöglicht werde. Die Bürgerinnen und Bürger in anderen Prozessen (z. B. Masterplan) zu beteiligen, verursache schließlich auch Kosten.

Herr Niebusch sieht in dem vorgeschlagenen Verfahren eine Chance, die Beziehung zwischen Bürger und Politik zu verbessern und plädiert für die Durchführung einer Einwohnerbefragung.

Herr Wilke sieht in der beantragten Einwohnerbefragung praktizierte Bürgernähe und fordert die Fraktionen auf, den Antrag zu unterstützen.

Herr Voelker teilt mit, dass seine Fraktion den Antrag nicht unterstützen werde. Er sieht die Zuständigkeit der Finanzen des Parks in erster Linie im Betriebsausschuss Forum angesiedelt. Angesichts der Tatsache, dass ein Bürgerbegehren in der Frage der Parkbewirtschaftung nicht zulässig sei, sei eine Einwohnerbefragung keine adäquate Ersatzmaßnahme. Die Entscheidung läge als Ausdruck der repräsentativen Demokratie bei den Fachausschüssen und dem Rat der Stadt Oelde.

Weiter führt er aus, dass die beantragte Abstimmungsvariante 1 (eintrittsfreier Park) die Stadt unmittelbar in ein Haushaltssicherungskonzept oder aber zu deutlichen Steuererhöhungen führe. Die organisatorische Umsetzung der Befragung sei darüber hinaus zu aufwändig.

Frau Köß teilt für ihre Fraktion mit, dass ein grundsätzlicher Unterschied zwischen einem Bürgerentscheid und der beantragten Einwohnerbefragung gesehen werde. So wäre ein zulässiger Bürgerentscheid von ihrer Fraktion unterstützt worden, allerdings keine Befragung, die den Einwohner lediglich eine vermeintliche Einflussnahme suggeriere. Die Entscheidung über die Bewirtschaftung sei durch die zuständigen Gremien und schlussendlich durch den Rat zu treffen.

Herr Rodriguez widerspricht mit Blick auf das Gutachten der Unternehmensberatung Altenburg und Partner aus dem Jahre 2001, nach dem sowohl die Variante „Eintrittsfreier Park / Bewirtschaftung an Festival-Tagen“ als auch die Variante „Durchgängige Bewirtschaftung des Parks“ ein jährliches Defizit in Höhe von 1,5 Mio. Euro ausweisen, der Darstellung, ein eintrittsfreier Park führe unabweislich zu einem höheren Jahresdefizit. Natürlich sei in diesem Fall der Standard eines frei zugänglichen Parks niedriger als ein bewirtschafteter. Aus eben diesem Grunde sei in dieser Frage ein Votum der Einwohner einzuholen.

In Erwidern einer Wortmeldung von Herrn Gresshoff erläutert Herr Bürgermeister Knop, dass seine Ausführungen nicht widersprüchlich seien, er beziehe vielmehr eindeutig Position. Auch wenn er eine Einwohnerbefragung unterstütze, könne er gleichwohl seine persönliche Einschätzung in der Frage der weiteren Bewirtschaftung des Parks kundtun.

Darüber hinaus nimmt Herr Gresshoff Bezug auf die Ausführungen von Herrn Niebusch. Im Gegensatz zur Einwohnerbefragung sei es den Bürgern möglich, im Rahmen der Erstellung des Masterplans

tatsächlich Einfluss zu nehmen. Hier sei eine echte Prozesseinbindung gewährleistet. In der Frage der weiteren Bewirtschaftung des Parks liege die Entscheidung jedoch eindeutig beim Rat der Stadt Oelde.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Oelde beschließt mehrheitlich bei 14 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und einer Enthaltung, den Antrag der Fraktionen von SPD, FWG und des Ratsmitgliedes Martin Wilke der OZO auf Durchführung einer Einwohnerbefragung abzulehnen.

6. Tarifstruktur Vier-Jahreszeiten-Park 2014 Vorlage: B 2013/EBF/2748/1

Herr Ludger Junkerkalefeld erläutert:

Nach Einschätzung der Finanzverantwortlichen der Stadt Oelde sowie der Geschäftsführungen von Forum Oelde und der Wirtschafts- und Bäderbetrieb Oelde GmbH (WBO) sollte die Ertragssituation insbesondere vor dem Hintergrund der angespannten städtischen Finanzlage nicht verschlechtert werden

Derzeit gilt das folgende Tarifsysteem:

	Tageskarte 2013		Park <i>plus</i> -Karte 2013	Sondertarif Park <i>plus</i> -Karte 2013
Saison	A	B	A - B	Gültig bis 31.12.2012
Kinder bis 6 Jahre	frei	frei	frei	frei
Kinder und Jugendliche von 7 bis 17 Jahre	0,50 €	2,00 € / ¹	20,00 €	18,00 €
Erwachsene *	2,00 €	4,00 € / ¹	40,00 €	35,00 €
Mitglied Förderverein	2,00 €	4,00 € / ¹	36,00 €	35,00 €
Ermäßigt **	1,50 €	3,00 € / ¹	35,00 €	30,00 €
Familien *	4,00 €	8,00 € / ¹	80,00 €	70,00 €
Gruppen ab 20 Pers.	--	2,50 €	--	--

Saison A: Badschließung bis Badöffnung (ca. Mitte September bis Anfang Mai)

Saison B: Badesaison (ca. Anfang Mai bis Mitte September)

* mit allen eigenen Kindern bis zum 17. Lebensjahr

** Ermäßigte mit Ausweis: Schwerbehinderte Menschen mit einem GdB ab 80, Bundesfreiwilligendienst (BFD)-Leistende, ALG I- und II-Empfänger; Grundsicherungsempfänger, SGB XII-Empfänger

¹ FEIERABEND-TICKET:

In der Hauptsaison 2013 wird wieder ein zusätzliches Feierabend-Ticket angeboten. Dieses ist jeden Tag ab 17 Uhr zum halben Preis des Normal-Tagestarifes erwerbbar.

Der Betriebsausschuss hat in seiner Sitzung am 14. Mai 2013 die Empfehlung an den Rat der Stadt ausgesprochen, das derzeitige Tarifsysteem beizubehalten.

Die Betriebsleitung von Forum Oelde schlägt in Ergänzung und Fortentwicklung der Vorlage zur Betriebsausschusssitzung am 14. Mai 2013 folgende Marketing-Maßnahmen vor:

a) Herausgabe eines „Vier-Jahreszeiten-Park-Pass“

In diesem Pass werden kurz und prägnant die Einrichtungen des Parks (Kindermuseum, Parkbad, Spielplätze usw.) vorgestellt. Auf der Rückseite werden sechs Stempelfelder aufgebracht, die bei jedem Eintritt abgestempelt werden. Sofern vier Felder ausgefüllt sind, sind die nächsten beiden Eintritte (Tarif beliebig) kostenlos. Der Pass ist übertragbar. Damit möchte die Betriebsleitung die von der Fraktion der FWG geäußerte Anregung nach Modifizierungsmöglichkeiten der Tagesstarife aufgreifen und im bestehenden Angebot eine Preisreduzierung durch Mehrfachbesuche erzielen. Dieses Marketingsystem dürfte vielen Besuchern von Tankstellen, Getränkemärkten, Friseuren usw. bekannt sein und daher auf großes Interesse stoßen.

b) Besucherkarten 2014

In der Diskussion über die Tarifstruktur des Vier-Jahreszeiten-Parks ist wiederholt gebeten worden, ein Angebot für „Familien oder Freunde“-Besucher zu entwickeln.

Die Betriebsleitung schlägt vor, mit dem Verkauf jeder Erwachsenen-Park-plus-Karte 2014 (Tarif: 35,00 € bzw. 40,00 €) je zwei Besucherkarten auszugeben. Das bedeutet, dass eine Familie (= zwei Erwachsene) vier kostenlose Besucher-Karten erhält. Bei der Einlösung der Besucherkarten an der Eingangskasse sollte nachgewiesen werden, dass der Besucher von auswärts kommt. Eine Auszahlung der freien Besucherkarte ist ausgeschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt mehrheitlich bei sieben Gegenstimmen, die im Sachverhalt dargestellten und erläuterten Tarife mit den dargelegten Marketing-Instrumenten für den kombinierten Eintritt in den Vier-Jahreszeiten-Park und das Parkbad beizubehalten.

**7. Kooperationsüberlegungen der Energieversorgung Beckum GmbH & Co. KG und der Energieversorgung Oelde GmbH
(hier: Ende der Fusionsverhandlungen)
Vorlage: B 2012/201/2553/1**

Herr Bürgermeister Knop erläutert:

Seit dem vergangenen Jahr wurden zwischen der Energieversorgung Oelde GmbH (EVO) und der Energieversorgung Beckum GmbH & Co. KG (EVB) intensive Kooperationsüberlegungen angestellt.

Der Rat der Stadt Oelde fasste in der Sitzung am 24. September 2012 folgenden Beschluss:

1. Eine Zusammenarbeit der Energieversorgung Oelde GmbH und der Energieversorgung Beckum GmbH & Co. KG soll auf der Basis des Unternehmensmodells 7 „Fusion“ weiter untersucht und konkretisiert werden.
2. Die Vertreter der Stadt Oelde in der WBO werden angewiesen:
 - a.) die zur Umsetzung des unter 1. genannten Beschlusses ggfls. notwendigen Beschlüsse herbeizuführen.
 - b.) die Vertreter der WBO in den Gremien der EVO anzuweisen, die zur Umsetzung des unter 1. genannten Beschlusses ggfls. notwendigen Beschlüsse herbeizuführen.

Seit dem vergangenen Jahr wurden zwischen der EVO und der EVB intensive Kooperationsüberlegungen angestellt.

Ein Lenkungskreis wurde gegründet, um bilateral die Vorarbeiten für eine Fusion der Energieunternehmen voranzutreiben. Die Gremien der Stadt Oelde, der Finanzausschuss, der Ältestenrat, die WBO-Gremien und nicht zuletzt der Rat der Stadt Oelde haben sich intensiv mit einer möglichen Fusion auseinandergesetzt und die erforderlichen vorbereitenden Entscheidungen getroffen.

Vor einigen Wochen - im Endstadium der Gespräche - wurde deutlich, dass wesentliche Verhandlungspunkte mit der Stadt Beckum nicht einvernehmlich zu lösen waren.

Die angestrebte Fusion sollte nicht nur betriebswirtschaftlichen Erfordernissen, sondern auch einer politischen Komponente Rechnung tragen. Eine Fusion gleichberechtigter Partner war unser erklärtes Ziel. Ein Fusionsunternehmen mit örtlicher Verwurzelung und Akzeptanz ebenso.

Aber keine Übernahme!

Die Mitglieder des Ältestenrates teilten am 14. Mai 2013 diese Einschätzung der Verwaltung, sodass ich Herrn Dr. Strothmann mit Schreiben vom 16. Mai 2013 davon in Kenntnis gesetzt habe, dass eine Fusion unter den Bedingungen der Stadt Beckum in Oelde nicht zustimmungsfähig sein wird.

Herr Dr. Strothmann sprach sich in einem Schreiben Anfang dieser Woche erneut dafür aus, die Verhandlungen fortzusetzen und an der Fusion festzuhalten. Sein Angebot, die GEKKO-Beteiligung aus dem Fusionsunternehmen komplett auszuklammern und möglicherweise wesentliche Unternehmensteile in Oelde zu belassen, stellt jedoch keine hinreichende Begründung dar, die Verhandlungen tatsächlich fortzusetzen.

Eine Ausklammerung der GEKKO-Beteiligung stellt hier kein Zugeständnis der Stadt Beckum dar, sondern war für die Stadt Oelde von Anfang an eine Grundbedingung für das Zustandekommen einer Fusion. So lässt die Stadt Beckum darüber hinaus auch keinen Zweifel daran aufkommen, dass der Unternehmenssitz in Beckum anzusiedeln sei.

Im Ergebnis bleibt daher festzustellen, dass die Stadt Beckum an ihrer Verhandlungsposition weiterhin festhält.

In einer Sitzung des Ältestenrates am vergangenen Donnerstag schlossen sich die Mitglieder der Einschätzung der Verwaltung an, dass an dieser Stelle keine Möglichkeit gesehen wird, die Fusionsverhandlungen noch zu einem positiven Abschluss zu bringen. Die Verhandlungen sollten daher eingestellt werden.

Auch wenn zum jetzigen Zeitpunkt aus den genannten Gründen eine Fusion nicht möglich ist, können weitere Kooperationsüberlegungen mit anderen Energieversorgungsunternehmen, ausdrücklich auch mit der EVB, angestellt werden. Ob diese Überlegungen sinnvoll, tragbar und akzeptabel sind, ist im Einzelfall neu zu bewerten und zu entscheiden.

Herr Hagemeier teilt für seine Fraktion mit, dass eine Fusion zu den erläuterten Bedingungen nicht akzeptabel sei. Eine Fusion auf Augenhöhe sei offensichtlich nicht zu erreichen gewesen. Zudem habe sich das Klima im Laufe der Verhandlungen zunehmend verschlechtert. Nur aus rein betriebswirtschaftlicher Sicht mache die Fusion noch Sinn. Da die EVO derzeit gut aufgestellt sei, sollten weitere Fusionsverhandlungen mit anderen möglichen Partnern geführt werden.

Herr Rodriguez führt für seine Fraktion aus, dass es kein rationales und betriebswirtschaftliches Argument gegen die geplante Fusion gebe. Sollten die Fusionsverhandlungen an diesem Punkt beendet werden, würde der WBO zukünftig auf eine jährliche Ersparnis in Höhe von 300.000 Euro aufgrund nicht realisierter Synergien verzichten. Dieses führe auch zu einer entsprechenden Haushaltsbelastung. Die Verhandlungen zu diesem Zeitpunkt in der Frage der Geschäftsführung und des Unternehmenssitzes scheitern zu lassen, sei angesichts eines drohenden Haushaltssicherungskonzeptes für seine Fraktion kein hinreichender Grund.

Anfangs seien sieben unterschiedliche Modelle der Kooperation zwischen der EVO und der EBV erörtert worden. Man habe sich seinerzeit für die engste Form der Zusammenarbeit entschieden, um möglichst umfassende Synergien erzielen zu können.

Den Prozess an dieser Stelle ohne hinreichend erkennbare Gründe zu beenden, führe zu einem deutlichen politischen Flurschaden, zumal die Realisierung des jährlichen Fusionsgewinns, der immerhin

10 % des gesamten Grundsteueraufkommens darstelle, nicht mit Kosten für die Stadt Oelde verbunden sei.

Herr Niebusch teilt für seine Fraktion mit, dass Verhandlungen berechtigterweise beendet werden könnten, wenn eine Übereinkunft zur Zufriedenheit beider Seiten nicht erreicht werden könne. Die Flexibilität der EVO im Bereich der Geschäftsführung und durch den lediglich angemieteten Unternehmenssitz hätte sich im Prozess nachteilig ausgewirkt. Die Beteiligung der GEKKO sei erst auf Druck von Seiten der Stadt Oelde aus dem Fusionsunternehmen herausgenommen worden.

Vor diesem Hintergrund sei der Vorwurf aus Beckum, die Oelder Verhandlungsbeteiligten betrieben „Kirchturmdenken“ nicht haltbar. Die positiven Erfahrungen mit den Städten Herzebrock-Clarholz und Rheda-Wiedenbrück beim Wirtschaftspark AUREA zeigten deutlich, dass eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit anderen Kommunen sehr wohl möglich sei. Dieses Vertrauen sei im Prozess mit Beckum jedoch verloren gegangen.

Herr Voelker teilt für seine Fraktion mit, dass sie den Beschlussvorschlag der Verwaltung unterstützen werde. Er hält die seinerzeit ermittelten Synergieeffekte unter den jetzigen Rahmenbedingungen auch nicht mehr für erzielbar.

Da die EVO jedoch sehr gut aufgestellt sei und über eine hohe Wirtschaftskraft verfüge, solle versucht werden, mit anderen Kooperationspartnern Verhandlungen aufzunehmen.

Herr Wilke spricht sich ebenfalls für die Beendigung der Fusionsverhandlungen aus, weil sich in dieser Partnerschaft nicht beide Partner adäquat wiederfinden ließen. Er fordert, nunmehr nach vorne zu schauen und neue Möglichkeiten zu eruieren.

Frau Köß teilt für ihre Fraktion mit, dass der Beschlussvorschlag der Verwaltung unterstützt werde. Sie bedankt sich für die gute Aufbereitung und Begleitung des Prozesses durch die Verwaltung und verweist darauf, dass die intensive Auseinandersetzung von Verwaltung und Politik nicht vergebens gewesen seien, weil sie eine gute Basis für die zukünftige Weiterentwicklung der EVO darstelle. Auch sie weist den Vorwurf des „Kirchturmdenkens“, der auf Seiten der Stadt Beckum formuliert worden sei, entschieden zurück. Man verzichte nunmehr zwar auf Synergieeffekte, es entstehe jedoch kein Schaden. Zudem ließen sich möglicherweise zukünftig neue Optionen für die EVO finden.

Herr Bürgermeister Knop führt an dieser Stelle aus, dass der Verwaltung „Kirchturmdenken“ fern liege. Auch sei die Verwaltung um jede erzielbare Mehreinnahme bemüht. Allerdings sei der prognostizierte Synergieeffekt in Höhe von 1 Mio. jährlich im Fusionsunternehmen nur bei optimalen Rahmenbedingungen zu erzielen. Diese seien im jetzigen Stadium erkennbar nicht zu realisieren, so dass auch der für Oelde prognostizierte Vorteil in Höhe von 300.000 Euro nicht erreichbar sei. Er führt weiter aus, dass nicht vorgesehen sei, die Gespräche komplett zu beenden. Die Rahmenbedingungen müssten sich jedoch deutlich verändern, wolle man zu einer Übereinkunft kommen.

Herr Rodriguez führt an dieser Stelle aus, dass der Stadt Beckum nicht zum Vorwurf gemacht werden dürfe, dass diese auf dem Verhandlungswege die größtmöglichen Synergien erzielen wolle und sich für die ertragsreichste Ausgestaltung der Fusion einsetze. Dieses sei schließlich auch zum Vorteil der Stadt Oelde, die an den Synergieeffekten partizipiere.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Oelde beschließt bei sechs Gegenstimmen mehrheitlich:

1. Der Rat der Stadt Oelde nimmt zur Kenntnis, dass wesentliche Verhandlungspunkte mit der Stadt Beckum nicht einvernehmlich gelöst werden konnten.
2. Der Rat der Stadt Oelde beschließt, die Fusionsgespräche der EVB und der EVO zu beenden.
3. Die Stadt Oelde steht Kooperationsüberlegungen der EVO mit anderen Energieversorgungsunternehmen, ausdrücklich auch mit der EVB, grds. positiv gegenüber. Ob

diese Überlegungen sinnvoll, tragbar und akzeptabel sind, ist im Einzelfall neu zu bewerten und zu entscheiden.

4. Die Vertreter der Stadt Oelde in den Gremien der Wirtschafts- und Bäderbetrieb Oelde GmbH (WBO) werden angewiesen, ggfls. notwendigen Beschlüssen zur Umsetzung des unter 2. genannten Beschlusses zuzustimmen. Gleiches gilt für die Vertreter in den Gremien der EVO.

8. Antrag der SPD-Fraktion; Aussetzen des Ankaufs weiterer Anteile an der EVO von RWE durch die WBO
Vorlage: B 2013/011/2766

Herr Rodriguez erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Die SPD-Fraktion beantragt mit Schreiben vom 26. Mai 2013, der Rat der Stadt Oelde möge beschließen, den beschlossenen Ankauf von Anteilen der Energieversorgung Oelde (EVO) von der RWE AG durch den städtischen Wirtschafts- und Bäderbetrieb Oelde (WBO) mindestens bis zur endgültigen Klärung der angedachten Fusion oder anderer Kooperationsmodelle auszusetzen. Er führt aus, dass aufgrund des Wegfalls der Fusionsprämie in Höhe von 300.000 Euro der Ankauf auszusetzen sei.

Herr Bürgermeister Knop führt im Anschluss wie folgt aus:

Der Ankauf zusätzlicher Anteile an der EVO von der RWE wurde vor dem Hintergrund der geplanten Fusion mit der EVB durch den Rat der Stadt Oelde beschlossen.

Der Grundsatzbeschluss erfolgte am 25. Februar 2013, die Ermächtigung zum Abschluss der für die Umsetzung des Beschlusses erforderlichen Verträge erfolgte in der letzten Sitzung des Rates am 22. April 2013.

Die Entscheidung zur Anteilerhöhung wurde bislang immer im Zusammenhang mit der Fusion mit der EVB betrachtet, sie stand jedoch nie unter dem Vorbehalt des Vollzugs der Fusion.

Wie bereits in der vergangenen Sitzung erläutert, erwirbt die Stadt Oelde zusätzliche Anteile an einem derzeit wirtschaftlich gut aufgestellten Unternehmen. Der Anteilszukauf ist nach unserer Einschätzung wirtschaftlich darstellbar, wenngleich eine hundertprozentige Sicherheit nicht gegeben werden kann.

Zudem ist nach der derzeitigen Haushaltssituation eine zusätzliche Kreditaufnahme zur Finanzierung des Anteilszukaufs infolge des Wegfalls der Fusionsprämie nicht zwingend erforderlich.

Herr Wulf erläutert im Anschluss, dass die bestehende Kreditermächtigung für die WBO in diesem Jahr nicht zur Kompensation der wegfallenden Fusionsprämie erhöht werden müsse. Dies sei zurückzuführen auf den positiven Abschluss der steuerlichen Betriebsprüfung 2012/2013 und der nicht etatisierten Gewinnausschüttung der EVO an die WBO in Höhe von 1 Mio. Euro aus dem Jahre 2012.

Herr Fust führt aus, dass der zusätzliche Anteilserwerb immer gemeinsam mit der geplanten Fusion kommuniziert worden sei. Seine Zustimmung zum Anteilserwerb sei mit dem einzigen Ziel erfolgt, der Stadt Oelde zu ermöglichen, als gleichberechtigter Partner an einem Fusionsunternehmen teilzuhaben. Eine von der Fusion losgelöste Anteilserhöhung käme für ihn insofern nicht in Frage.

Herr Gresshoff plädiert für den Anteilserwerb, weil damit eine erhöhte Gewinnausschüttung verbunden sei. Zudem könne der Erwerb mit historisch niedrigen Zinsen finanziert werden.

Herr Vennebusch teilt mit, dass er dem Anteilserwerb nicht zustimme. Der Anteilserwerb sei ein Spekulationsgeschäft und vor dem Hintergrund des drohenden Haushaltssicherungskonzeptes und nicht

sicheren Erträgen der EVO nicht vertretbar.

Herr Niebusch führt mit Blick auf die seit Jahren bestehenden Bemühungen zur Weiterentwicklung der EVO aus, dass die Entscheidung, die Anteile am Unternehmen zu erhöhen, am Ende einer lange und intensiven Diskussion gestanden habe. Daran solle man nun festhalten.

Herr Voelker teilt für seine Fraktion mit, dass der Ankauf unterstützt werde, nicht zuletzt auch aus betriebswirtschaftlichen Gründen.

Frau Brommann führt für ihre Fraktion aus, dass das eigentliche Ziel, 100 % an der EVO zu halten, zwar nicht realisiert werden könne, jedoch sei es sinnvoll, weitere Anteile an diesem wirtschaftlichen Unternehmen zu erwerben, da damit eine höhere Gewinnausschüttung realisiert werden könne.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Oelde lehnt mit acht Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen und einer Enthaltung den Antrag der SPD-Fraktion ab, den Erwerb zusätzlicher Anteile an der EVO von der RWE durch die WBO auszusetzen.

9. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Absatz 1 GO NRW - Überplanmäßige Auszahlung und Freigabe einer Maßnahme zur Sanierung naturwissenschaftlicher Räume am Thomas-Morus-Gymnasium Vorlage: B 2013/011/2764

Herr Bürgermeister Knop erläutert:

Am 23. Mai 2013 trafen Herr Bürgermeister Knop und Herr Rodriguez in seiner Eigenschaft als Ratsmitglied der Stadt Oelde im Wege der Dringlichkeit gemäß § 60 Absatz 1 GO NRW nachfolgende Entscheidung:



Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen

Sachverhalt:

Im Herbst 2011 wurden die politischen Gremien der Stadt Oelde über die geplanten Baumaßnahmen am Thomas-Morus-Gymnasium unterrichtet. Diese Überlegungen sehen bis 2015 eine Neustrukturierung des Gebäudes vor und ermöglichen somit die Einrichtung eines fraktalen Raumsystems für alle Jahrgangsstufen.

Im ersten Bauabschnitt wurde im August 2012 die Mensa fertig gestellt. Vor einigen Wochen konnte der Umbau der Bibliothek/Mediothek abgeschlossen werden.

Als dritter Bauabschnitt ist nun die Zusammenführung und Sanierung der naturwissenschaftlichen Räume (Physik u. Chemie) im Erdgeschoss des Gebäude 1 des Gymnasiums vorgesehen. Bisher war die Chemie im 1. Obergeschoss angesiedelt. Aus ehemals 5 Fachräumen sollen nun 3 Fachräume mit entsprechenden Sammlungsräumen geschaffen werden, die teilweise multifunktional von beiden Fachschaften genutzt werden können.

Folgende Räume sind geplant:

1. Chemie-Übung
2. Chemie-Vorbereitung
3. Naturwissenschaften-Übung (von beiden Fachschaften genutzt)
4. Physik-Vorbereitung
5. Physik-Sammlung
6. Physik-Übung

Die Ausstattung der bisherigen Fachräume ist zum Teil bereits 50 Jahre alt und ist in der Vergangenheit nicht saniert worden. Sie bedarf daher einer dringenden Überarbeitung und Sanierung, um den gewachsenen Ansprüchen an einen naturwissenschaftlichen Fachunterricht in einem Gymnasium gerecht zu werden.

Seit Dezember 2012 arbeitet eine Arbeitsgruppe aus Lehrkräften und Vertretern des Schulträgers gemeinsam mit einem Planungsbüro an der notwendigen Ausstattung. Eine Bestandsaufnahme der vorhandenen Möbel und Ausstattungsgegenstände hat dabei ergeben, dass diese teilweise schon aus Sicherheitsgründen in neue Räumlichkeiten nicht mehr eingebaut werden dürfen. Hierzu zählen u.a. Schranksysteme, die für die Aufbewahrung bestimmter Chemikalien dauerhaft entlüftet werden müssen. Weiterhin müssen die Systeme (z.B. Entnahmesäulen), die den Schüler/innen die Abnahme von Strom, Gas und Wasser ermöglichen, komplett neu angeschafft werden.

Die im Haushaltsplan bei der Planungsstelle 03.03.04/0063.7831001 veranschlagten Haushaltsmittel in Höhe von 120.000,- € waren deutlich zu niedrig angesetzt. Um die geplante Maßnahme im Jahr 2013 durchführen zu können, ist die Bereitstellung einer überplanmäßigen Auszahlung in Höhe von 100.000,- € bei der Planungsstelle 03.03.04/0063.7831001 notwendig. Aus Kostengründen und um die einheitliche Ausstattung

eines Lieferanten gewährleisten zu können, ist eine komplette Ausschreibung der Ausstattung notwendig. Laut Kostenkalkulation des beauftragten Planungsbüros wird mit einer Gesamtauftragssumme von ca. 215.000,- € gerechnet.

Die gesamte Maßnahme soll in zwei Bauabschnitten in den Sommerferien und im Herbst 2013 durchgeführt werden.

Begründung für die Dringlichkeit:

Das Leistungsverzeichnis und die endgültigen Pläne sind am 17.05.2013 fertig gestellt worden und in der Verwaltung eingegangen.

Um eine Fertigstellung des 1. Bauabschnitts bis zum Ende der Sommerferien gewährleisten zu können, muss die Ausschreibung umgehend durchgeführt werden. Eine weitere Verzögerung bis zur nächsten Ratssitzung würde den naturwissenschaftlichen Unterricht am Oelder Gymnasium gefährden, da zum Schuljahresbeginn 2013/14 dann nur zwei naturwissenschaftliche Räume zur Verfügung stünden.

Haushaltsrechtliche Deckung:

Die Deckung der überplanmäßigen Auszahlung in Höhe von 100.000,00 EUR bei der Planstelle: 03.03.04/0063 / 7831001, Bezeichnung:Auszahlungen für den Erwerb von Sachanlagen ist wie folgt gewährleistet:

100.000,00 EUR Mehreinzahlung bei der Planstelle 11.01.02.1994 / 6881001, Bezeichnung:Beiträge u. ähnliche Entgelte; Kanalanschlussbeiträge

Dringlichkeitsentscheidung

Im Wege der Dringlichkeit gemäß § 60 Abs. 1 GO NW wird der überplanmäßigen Auszahlung in Höhe von 100.000,00 EUR bei der Planstelle: 03.03.04.0063 / 7831001 Bezeichnung:Auszahlungen für den Erwerb von Sachanlagen zugestimmt.

Gleichzeitig wird die komplette Maßnahme mit einem voraussichtlichen Gesamtvolumen von ca. 215.000,- € freigegeben.

Oelde, den 23.05.2013


Bürgermeister Karl-Friedrich Knop


Ratsmitglied

Ausfertigung für den Fachdienst Ratsarbeit

Beschluss:

Der Rat der Stadt Oelde genehmigt einstimmig die Dringlichkeitsentscheidung vom 23. Mai 2013.

10. Abberufung einer Technischen Rechnungsprüferin
Vorlage: B 2013/011/2658

Herr Bürgermeister Knop erläutert:

Aus organisatorischen Gründen kann Frau Ingrid Altebäumer die Tätigkeit als Technische Rechnungsprüferin nicht mehr wahrnehmen, da sie in den Fachdienst Stadtplanung wechselt. Die Verwaltung schlägt daher vor, Frau Altebäumer mit Wirkung zum 1. Juli 2013 als Technische Rechnungsprüferin abuberufen. Zugleich soll ein neuer Technischer Prüfer bestellt werden.

Nach § 104 Abs. 2 Satz 1 GO NRW werden die Leitung und die Prüfer der örtlichen Rechnungsprüfung durch den Rat bestellt und abberufen. Bestellung und Abberufung fallen in die ausschließliche Zuständigkeit des Rates (§ 41 Abs. 1 Buchst. q GO NRW) und erfolgen grundsätzlich in öffentlicher Sitzung (§ 48 Abs. 2 Satz 1 GO NRW).

Beschluss:

Der Rat der Stadt Oelde beschließt einstimmig, Frau Ingrid Altebäumer mit Wirkung zum 1. Juli 2013 als Technische Rechnungsprüferin der Stadt Oelde abuberufen.

11. Bestellung eines Technischen Rechnungsprüfers
Vorlage: B 2013/011/2757

Herr Bürgermeister Knop teilt mit:

Die derzeitige Technische Rechnungsprüferin, Frau Ingrid Altebäumer, ist in der heutigen Sitzung vom Rat der Stadt Oelde abberufen worden.

Gleichzeitig soll die frei werdende Stelle neu besetzt werden. Die ausschließliche Zuständigkeit des Rates ergibt sich aus § 41 Abs. 1 q GO NRW.

Die Verwaltung schlägt vor, Herrn Marc Diericks zum neuen Technischen Rechnungsprüfer zu bestellen.

Herr Diericks stellt sich den Anwesenden kurz persönlich vor.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Oelde bestellt Herrn Marc Diericks einstimmig mit Wirkung zum 1. Juli 2013 zum Technischen Rechnungsprüfer der Stadt Oelde.

12. Verschiedenes

12.1. Mitteilungen der Verwaltung

Herr Bürgermeister Knop teilt mit:

Auftakt „Beweg was!“

In der kommenden Woche beginnen die Vorbereitungsarbeiten für das Projekt „Beweg was!“.

Die Auftaktveranstaltung ist vorgesehen für den 18. September, die Fahrt zum Düsseldorfer Landtag ist am 16. Oktober geplant.

Wie im vergangenen Jahr wird eine Schülerratssitzung den Abschluss bilden, terminiert ist diese für den 19. November. Das Projekt endet damit in diesem Jahr frühzeitiger als im vergangenen Jahr.

Ich würde mich freuen, wenn sich wieder zahlreiche Ratsmitglieder als Mentorinnen und Mentoren zur Verfügung stellen und zum Gelingen des Projektes beitragen würden.

Förderbescheid Dorfentwicklungskonzept

Der Förderbescheid für das Dorfentwicklungskonzept ist zwischenzeitlich eingegangen, die weitere Befassung mit dem Thema erfolgt im Ausschuss für Planung und Verkehr. Herr Abel wird dazu berichten.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Oelde nimmt Kenntnis.

12.2. Anfragen an die Verwaltung

Herr Bovekamp weist auf die unbefriedigende Parkplatzsituation an der Moorwiese hin und bittet um Auskunft, wann der Investor seiner Verpflichtung zum Bau von Stellplätzen nachkommen werde.

Herr Bürgermeister Knop teilt mit, dass nach seiner Einschätzung das Unternehmen Kirchner die Parkplätze nicht bauen wird.

Hinsichtlich des unbebauten daneben liegenden Grundstücks wird der Eigentümer das Grundstück nunmehr direkt an drei Interessenten veräußern. Mit dem direkten Erwerb haben diese dann die Möglichkeit selbst zu entscheiden, ob sie mit einem Bauträger (dem Unternehmen Kirchner) bauen möchten oder nicht.

Auf Anfrage von Herrn Vennebusch zum Stand der Nachnutzung der Vitusschule Sünninghausen teilt Herr Bürgermeister Knop mit, dass die Verwaltung alle erforderlichen Vorarbeiten geleistet habe. Nunmehr warte man auf die Rückmeldung des Investors. Ihm sei bekannt, dass in Sünninghausen eine große Erwartungshaltung bestehe und sei optimistisch, dass sich die Planungen wie vorgestellt realisieren lassen.

Auf Anfrage von Herrn Fust wird mitgeteilt, dass innerhalb der Verwaltung die Bauverwaltung für die Überprüfung der vorgegebenen Grabmalgrößen auf dem städtischen Friedhof in Lette zuständig ist.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Oelde nimmt Kenntnis.

Karl-Friedrich Knop
Vorsitzender

Heike Beckstedde
Schriftführerin